Objektive Nachrichten - Revolutionäre Kommentare

Ausgabe Nr. 65 | August 2022

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Nur der Kampf um höhere Löhne kann die Verarmung stoppen!

Seit einem Jahr explodieren die Preise. Für den vor uns stehenden Herbst und Winter sind weitere drastische Erhöhungen angekündigt, die viele von uns nicht mehr bezahlen können werden. Wir müssen jetzt auf die Straße, um wie unsere Kolleg:innen in unseren Nachbarländern für einen vollen Inflationsausgleich, Preisbremsen und die Streichung von indirekten Steuern und Unternehmenssubventionen zu kämpfen.

Bei jedem Wocheneinkauf merken wir, wie unser Einkaufswagen immer leerer wird, wenn wir nicht deutlich tiefer in die Tasche greifen. Bei Millionen Menschen führen die Preisexplosionen schon jetzt zu einer deutlichen Senkung des Lebensstandards. Auf vieles, was nicht unbedingt zum Leben notwendig ist, muss verzichtet werden. Doch wie soll das in den nächsten Monaten weiter gehen? Wie sollen wir insbesondere mit den explodierenden Gas- und Strompreisen im Herbst und Winter umgehen?

Streiks und Blockaden quer durch Europa

Schauen wir dazu in unsere Nachbarländer, dann sehen wir dort spontan entstehende Bewegungen gegen die Preisexplosionen: In Großbritannien streiken mehr als 40.000 Mitarbeiter:innen für einen Inflationsausgleich im Verkehrswesen. Es ist der größte Streik im Land seit 30 Jahren. In den Niederlanden blockieren seit Wochen Bauern und Landarbeiter:innen Logistikzentren und Autobahnen gegen ein „Umweltgesetz“, das ihren finanziellen Ruin bedeuten würde. In Norwegen streikten Mitarbeiter:innen bei verschiedenen Öl- und Gasfirmen. In Frankreich befürchtet die Regierung ein Wiederaufflammen der „Gelbwesten“-Bewegung.

Eines haben alle diese Proteste gemeinsam: Die Regierungen der einzelnen Staaten verstehen sie als Vorboten weit größerer Proteste im Herbst und Winter und reagieren entsprechend darauf. In Großbritannien und Norwegen werden die Streikrechte verschärft bzw. der Streik kurzerhand verboten. In den Niederlanden schoss die Polizei sogar auf die Streikenden und nahm zahlreiche von ihnen fest. In Frankreich versucht der Staat seit vier Jahren, die „Gelbwesten“ mit Gewalt zu zerschlagen und mit kleinen Zugeständnissen ruhig zu stellen. Auch in Deutschland fordert der „Arbeitgeberpräsident“ Rainer Dulger bereits, Streiks mit der Ausrufung des „nationalen Notstands“ zu unterbinden.

Und hier in Deutschland?

Auch in Deutschland nehmen die Streiks zu, bleiben in ihrer Intensität und ihren Forderungen aber deutlich hinter denen in anderen europäischen Ländern zurück. Das gilt auch für die Höhe der Lohnforderungen. Für einen wirklichen Inflationsausgleich müssten wir Lohnerhöhungen von mindestens 10-15% für die kommenden 12 Monate fordern und umsetzen. Wenn sich die DGB- Gewerkschaften lieber mit den Kapitalverbänden im Bundeskanzleramt treffen, anstatt diese Forderungen mit uns gemeinsam in den Betrieben durchzusetzen, dann müssen wir das eben selber in die Hand nehmen. Die Antwort auf die Preisexplosionen kann nur der organisierte Kampf um Lohnerhöhungen von uns als Arbeiter:innenklasse sein. Eine von oben angesetzte „konzertierte Aktion“ wird hingegen nur unsere weitere Verarmung organisieren.

Auf die Straße gegen Preisexplosion und Verarmung

Um die weitere Preisexplosion zu stoppen und die Verarmung immer größerer Teile der Bevölkerung zu verhindern, müssen wir jetzt eine Bewegung in den Betrieben und auf den Straßen aufbauen, die für einen vollen Inflationsausgleich, Preisbremsen und die Streichung von indirekten Steuern und Unternehmenssubventionen kämpft. Zwingen wir die Reichen zur Kasse, die auch in den Jahren von Krise, Pandemie und Krieg immer noch reicher werden.

„Klassenkampf statt konzertierter Aktion!“

Die Föderation klassenkämpferischer Organisationen plant hinsichtlich des Auslaufens des Tickets einen Aktionstag. Unter der Parole „Kostenloser Nahverkehr statt 9-Euro-Ticket-Sommer!“ wollen sie am 20.08. auf die Straße gehen. Im Interview berichtet Nicole Freund über ihre Ziele. > **Seite 2**

Kampf gegen die Weltkriegsvorbereitungen!

Auf dem G7-Gipfel in Elmau und dem NATO-Gipfel in Madrid haben die westlichen Staaten beschlossen, die Kriegsvorbereitungen gegen Russland und China noch aggressiver voranzutreiben. Der Dritte Weltkrieg wird offen vorbereitet. > **Seite 3**

Kostenloser Nahverkehr: „Unsere Waffe heißt Klassenkampf statt konzertierter Aktion!“

Als Teil des „Entlastungspakets“ der Ampel-Regierung aufgrund der gigantischen Preissteigerungen gehört das 9-Euro-Ticket zu den wohl am meisten diskutierten Maßnahmen. Für die Monate Juni, Juli und August können Menschen für den pauschalen Monatspreis von 9 Euro fast den gesamten Nahverkehr in der BRD nutzen. Aber es bleibt auch bei den drei Monaten: Auf Nachfragen schloss Bundeskanzler Olaf Scholz eine Verlängerung aus.

Die Föderation klassenkämpferischer Organisationen plant hinsichtlich des Auslaufens des Tickets einen Aktionstag. Unter der Parole „Kostenloser Nahverkehr statt 9-Euro-Ticket-Sommer!“ wollen sie am 20. August auf die Straße gehen. Im Interview berichtet Nicole Freund aus dem Föderationsrat über ihre Beweggründe und Ziele.

Mit bisher mehr als 21 Millionen Verkäufen wird das 9-Euro-Ticket offensichtlich von sehr vielen Menschen genutzt. Hat die Regierung da nicht mal wirklich was Gutes gemacht?

Wenn wir das 9-Euro-Ticket mit den anderen Maßnahmen der Regierung vergleichen, sticht es tatsächlich hervor. Die verschiedenen Einmalzahlungen sind fast vollständig verpufft und der Tankrabatt, hinter dem sich die Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe versteckt, hat statt zur Entlastung der Arbeiter:innenklasse zu unfassbaren Extraprofiten für die Mineralölkonzerne geführt. Günstigere Bus- und Bahntickets kamen hingegen tatsächlich vielen Menschen zu Gute. Sie ermöglichen vor allem den ärmeren und älteren Schichten unserer Klasse Teilhabe am sozialen Leben. Auch in Hinblick auf den Klimaschutz ist ein für alle nutzbarer ÖPNV sehr viel sinnvoller als zum Beispiel eine CO2-Steuer, die uns als Arbeiter:innen zusätzlich drauf zahlen lässt. Aber im September soll dann auch schon wieder Schluss mit dem Ticket sein.

Laut Bundesverkehrsminister Volker Wissing sind die Kosten des 9-Euro-Tickets mit monatlich über eine Milliarde Euro viel zu teuer, um es fortzuführen.

Wer innerhalb weniger Monate auf einmal 100 Milliarden für die Bundeswehr aus dem Ärmel schütteln kann, für den ist eine Milliarde kein Vermögen. Das Geld ist da – die Frage ist nur, wofür es ausgegeben wird bzw. wer es auf dem Konto hat. Die Bundesregierung zeigt momentan deutlich, dass genau bei dieser Frage unsere Interessen als Arbeiter:innen keine Rolle spielen. Stattdessen handelt es sich um politische Entscheidungen zugunsten des deutschen Kapitals. So müssen wir auch die aktuellen Maßnahmen gegen die Preissteigerungen verstehen: Die Ampel-Regierung hat sie nicht getroffen, um uns als Arbeiter:innen etwas Gutes zu tun, sondern um größere und breitere Proteste gegen die Preissteigerungen zu verhindern.

Selbst die Forderung der Linken nach einem 365-Euro-Ticket nennt die SPD „realitätsfern“. Ist der Kampf für kostenlosen Nahverkehr angesichts solcher Haltungen vielversprechend?

Seit die Forderung nach kostenlosem Nahverkehr für alle aufgestellt wird, so lange wehren sich Politik und privatisierte Verkehrsunternehmen gegen sie. Sie ist nicht neu. Durch die Einführung des 9-Euro-Tickets scheint sie aber tatsächlich greifbarer als zuvor. Kostenloser Nahverkehr wäre eine echte Entlastung für unsere Klasse. Wir wollen die aktuelle Aufmerksamkeit und Debatte rund um die Ticketpreise deswegen dazu nutzen, um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen. Die Kosten für den Ausbau und Unterhalt des Nahverkehrs könnten dabei ganz einfach durch die Streichung von Subventionen für große Konzerne und Steuern auf deren Gewinne finanziert werden.

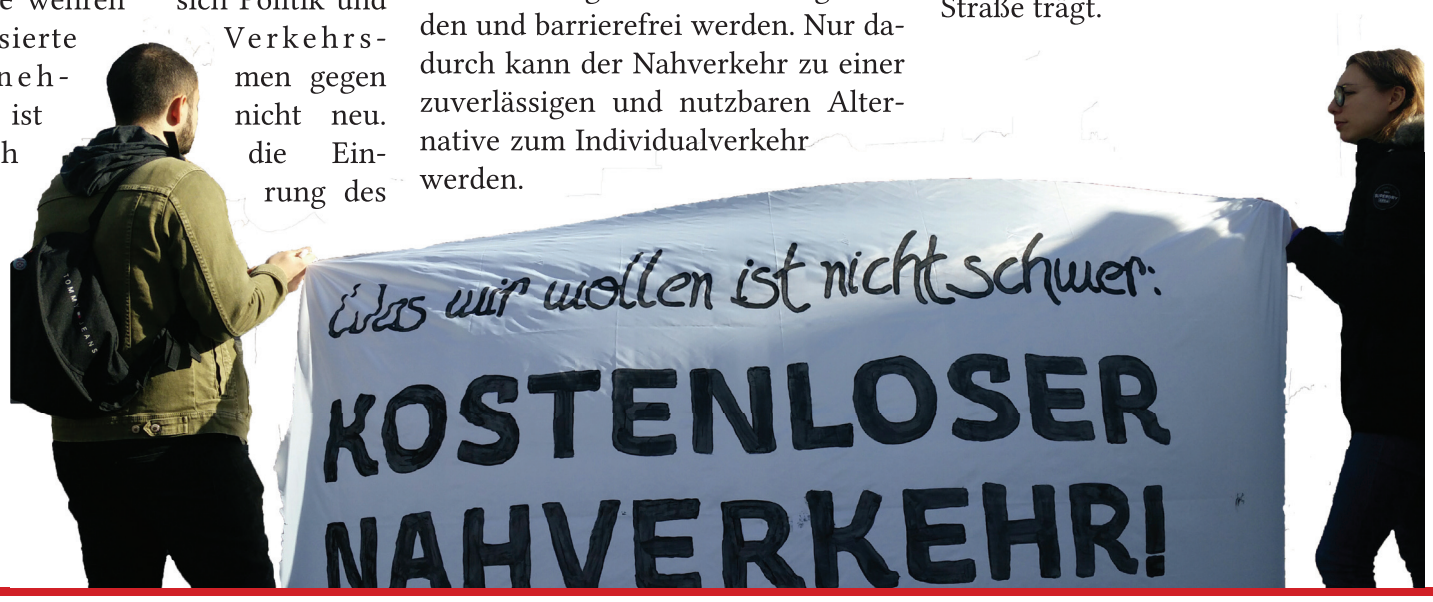
Ein bundesweites Jahresticket für 365 Euro wäre unserer Meinung nach dabei auch ein Schritt in die richtige Richtung, sollte aber nicht unser endgültiges Ziel sein. Für Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten oder Sozialleistungen beziehen, kann auch ein Euro pro Tag zu viel sein. Mit den 27 Euro, die im Hartz IV-Satz für “Mobilität” eingeplant sind, wäre selbst so ein Ticket nicht bezahlbar.

Es darf jedoch nicht allein der Ticketpreis im Fokus stehen. Der Nah- und Regionalverkehr muss bundesweit modernisiert, ausgebaut und gerade ländliche Regionen besser angebunden und barrierefrei werden. Nur dadurch kann der Nahverkehr zu einer zuverlässigen und nutzbaren Alternative zum Individualverkehr werden.

Wie sehen eure Pläne über den Aktionstag hinaus aus?

Unsere Forderung nach bundesweit kostenlosem und ausgebautem Nahverkehr ist Teil unseres Kampfes gegen die kapitalistisch getriebene Preisexplosion, deren Ende noch lange nicht in Sicht ist. Die Angriffe auf unsere Klasse in Form von gesenkten Heiztemperaturen, rationiertem Warmwasser und Kürzungen für Langzeitarbeitslose werden nicht weniger werden, wenn wir nichts dagegen tun. Aktionen und Proteste gegen die Abwälzung der Krisenfolgen und für höhere Löhne, Sozialleistungen und Renten müssen in der kommenden Zeit regelmäßig fortgeführt werden.

Unsere Waffe heißt dabei nicht „Konzertierte Aktion“ oder Sozialpartnerschaft; sie heißt Klassenkampf. Unter der Parole „Ihre Krise nicht auf unserem Rücken“ wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, dass unsere Klasse ihre Verarmung nicht länger schweigend erträgt, sondern ihren Protest in die Betriebe, Schulen und auf die Straße trägt.



Antikriegstag am 1. September: Kampf gegen die imperialistische Weltkriegsvorbereitung!

Rob Shenk from Great Falls, VA, USA (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Lockheed_Martin_F-22A_Raptor_JSOH.jpg), https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/legalcode

Knapp ein halbes Jahr nach dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine verschärft sich das imperialistische Säbelrasseln auf allen Seiten weiter. Auf dem G7-Gipfel in Elmau und dem NATO-Gipfel in Madrid haben die westlichen Staaten beschlossen, die Kriegsvorbereitungen gegen Russland und China noch aggressiver voranzutreiben. Der deutsche Imperialismus hat seinen Anspruch formuliert, „Führungsmacht" zu sein. Der Dritte Weltkrieg wird offen vorbereitet. Als Arbeiter:innen müssen wir daher im Kampf gegen Aufrüstung und Militarisierung in die Offensive gehen.

Sechs Monate nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine wird immer deutlicher: Dieser Krieg hat eine neue, aggressive Phase im Kampf zwischen den imperialistischen Ländern eingeleitet. Es wird immer offener über eine mögliche Ausweitung des Krieges z.B. auf die russische Enklave Kaliningrad und das NATO-Land Litauen gesprochen. Zugleich haben die westlichen Staaten bei den Gipfeln von G7 und NATO den Wirtschaftskrieg gegen Russland und China ausgeweitet und die Vorbereitungen eines Dritten Weltkrieges vorangetrieben.

Weltkriegsvorbereitungen in Madrid und Elmau

Ein zentraler Baustein bei diesen Kriegsvorbereitungen ist die neue NATO-Strategie, die das Bündnis Ende Juni in Madrid beschlossen hat. Russland wird darin nun als „bedeutendste und unmittelbarste Bedrohung für Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum" definiert. Die 1997 vereinbarte NATO-Russland-Grundakte wurde bei dem Gipfel für tot erklärt.

Ihren nun offiziellen Hauptfeind im Osten Europas wollen die NATO-Staaten mit einem massiven Ausbau ihrer schnellen Eingreiftruppe von 40.000 auf 300.000 in Schach halten. Die USA haben darüber hinaus angekündigt, weitere Truppenverbände nach Europa zu verlegen und ein neues, fünftes Hauptquartier ihres Militärs in Polen einzurichten. Zudem sollen Schweden und Finnland in die NATO aufgenommen werden. Die Türkei hat sich ihre Zustimmung hierzu mit einem härteren Vorgehen beider Länder gegen Exilstrukturen der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung abkaufen lassen.

Die G7 wiederum haben beim jährlichen Gipfel auf Schloss Elmau eine Verschärfung des Wirtschaftskriegs gegen Russland beschlossen und wollen Chinas ökonomische Ausbreitung in Eurasien im Rahmen des Projektes „Neue Seidenstraße" mit einem 600-Milliarden-Dollar-Gegenprojekt bekämpfen.

Russland kündigte bereits an, auf die Beschlüsse mit „Ausgleichsmaßnahmen" zu antworten. Erwartet wird eine Verlegung weiterer Truppen und Waffensysteme an die Westgrenzen des Landes.

Deutscher Imperialismus bekräftigt Führungsanspruch über Europa

Während die USA ihre Rolle als militärische Hegemonialmacht in Europa zementieren, bekräftigt der deutsche Imperialismus ebenfalls seine Führungsambitionen auf dem Kontinent. Deutschland müsse „den Anspruch einer Führungsmacht" haben, forderte SPD-Chef Klingbeil. Dazu gehöre auch „militärische Gewalt als legitimes Mittel der Politik". In die Tat umsetzen wird Deutschland diese Vision schon bald in seinem alten Herrschaftsgebiet Litauen. Dort wird die Bundeswehr die Kampftruppen-Brigade der NATO führen und ihre eigene Truppenpräsenz auf etwa 3.000 Soldat:innen aufstocken. Zudem will Deutschland mindestens eine Division von 15.000 Soldat:innen zur schnellen Eingreiftruppe der NATO beisteuern.

Der Dritte Weltkrieg wird kein Betriebsunfall

Diese Schritte machen deutlich, dass sich die imperialistischen Staaten auf einen großen Krieg um die Neuaufteilung der Welt vorbereiten. Nicht umsonst hat der neue oberste britische Militär Sir Patrick Sanders Mitte Juni angekündigt, die britischen Soldat:innen müssten sich darauf vorbereiten, „erneut in Europa zu kämpfen" und „Russland im Kampf zu besiegen". Der Beginn des Dritten Weltkriegs wird seit Monaten immer häufiger von Staats- und Regierungschefs ins Spiel gebracht. Dieser wird jedoch sicher nicht als Betriebsunfall beginnen, wie es manchmal dargestellt wird, sondern als Ergebnis einer geplanten Zuspitzung gegensätzlicher Herrschaftsinteressen. Und diese ist im vollen Gange.

Den antimilitaristischen Kampf vorantreiben – am 1. September und danach

Der 1. September ist der Weltantikriegstag, der von der Arbeiter:innen- und antimilitaristischen Bewegung als Antwort auf die ersten beiden Weltkriege ins Leben gerufen wurde. In diesem Jahr erhält dieser Tag eine besondere Bedeutung, nämlich als Kampftag gegen die Machenschaften der imperialistischen Staaten, gegen die Militarisierung und die konkrete Vorbereitung des Dritten Weltkriegs. Dabei müssen wir die konkreten Ansätze antimilitaristischer Kämpfe aufgreifen, fortführen und miteinander verbinden. Im Juni haben in Elmau und Madrid jeweils tausende Menschen gegen die Gipfel der Kriegsvorbereitung demonstriert. Im Frühjahr haben Flughafenarbeiter:innen in Italien und Hafenarbeiter:innen in Griechenland sich geweigert, Waffenlieferungen in die Ukraine zu verladen. Auch aus Russland gibt es ähnliche Berichte. Dies sind die ersten Keime einer internationalen Arbeiter:innenbewegung gegen den Dritten Weltkrieg.

Imperialistische Kriegshetze unter roter, grüner oder Regenbogenflagge

Vom Biden-Kabinett in den USA bis zu SPD und Grünen in Deutschland. Gerade die politischen Kräfte, die mit einer „fortschrittlichen“ und „sozialen“ PR in die Regierung gegangen sind, erweisen sich häufig als die größten Kriegstreiber:innen.

Der deutsche Imperialismus muss aggressiver werden und darf nicht vor Kriegen zurückschrecken. Es war der Chef der SPD, der diese Ausrichtung öffentlich auf den Punkt gebracht hat. Bei einer Grundsatzrede erklärte Lars Klingbeil: „Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben. (…) Friedenspolitik bedeutet für mich, auch militärische Gewalt als Mittel der Politik zu sehen.“

Dabei geht Klingbeil in dieselbe Richtung wie die Grünen, die in der Bundesregierung wohl am konsequentesten für Aufrüstung, Militarisierung und die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine eintreten. Außenministerin Baerbock will Russland zudem mit Sanktionen so schädigen, dass es „jahrelang nicht mehr auf die Beine kommt“.

Es ist nicht das erste Mal, dass gerade die Parteien besonders aggressiv für Sanktionen, Krieg und imperialistisches Weltmachtstreben eintreten, die sonst stark auf fortschrittlich klingende PR setzen und sich überhaupt ein „links-alternativ-pazifistisches“ Image geben.

Schon beim Angriffskrieg der NATO auf Jugoslawien 1999 war Außenminister Joschka Fischer (Grüne) einer der heftigsten Verfechter der Bombardierung von Belgrad. Fischers Hintergrund aus der „Sponti“-Bewegung machte sein Eintreten für den Angriffskrieg vor Teilen der grünen Anhängerschaft sogar noch glaubwürdiger.

Der Hintergrund ist einfach: Weil Kriege um die Neuaufteilung der Welt nach zwei Weltkriegen mit Abermillionen Toten in der Bevölkerung nachhaltig diskreditiert sind, denken sich die Imperialist:innen immer neue Propaganda-Storys aus, um ihre Eroberungsfeldzüge als demokratische Großherzigkeiten zu verkaufen. Und sie bauen gezielt Politiker:innen auf, die dies glaubhaft verkörpern sollen.

Menschenrechte und deren Verletzungen sind ihnen dabei herzlich egal. Sie begehen diese schließlich ständig selbst. Was für sie zählt, sind einzig und allein die imperialistischen Interessen.

Dazu gehören z.B. das Label einer „feministischen“ oder „LGBTI+ freundlichen“ Außenpolitik und vom angeblichen Kampf um Klimaneutralität. Diese Motive werden sowohl von Baerbock als auch von Klingbeil genutzt, um ihr Eintreten für die Herrschaftsziele des deutschen Imperialismus zu vermarkten. Gelernt haben sie dabei vermutlich auch aus den USA: Die Biden-Regierung hat ihre diverse Zusammensetzung ins Rampenlicht gestellt, den „Trans Day of Visibility“ vermarktet und ein Schiff der US-Marine nach einem LGBTI+ Aktivisten benannt – vermutlich damit sich das linksliberale US-Kleinbürger:innentum mit den offenen Weltkriegsvorbereitungen wohler fühlt.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer *0151 16991583* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per **Whatsapp** oder **Telegram** mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt aufs Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

PERSPEKTIVE» APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die Perspektive-App über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:
perspektive-online.net/app/

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Abonniere die Printausgabe von „Perspektive“
  perspektive-online.net/abo/
- Werde Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“
  perspektive-online.net/verein/
- Unterstütze uns mit einer Spende.
  perspektive-online.net/spenden/